



**Wechselwirkungen zwischen der deutschen Sprache
und der deutschen Wirtschaft im internationalen
Kontext**

Nora-F. Freytag, Berlin

ISSN 1470 – 9570

Wechselwirkungen zwischen der deutschen Sprache und der deutschen Wirtschaft im internationalen Kontext

Nora-F. Freytag, Berlin

Im folgenden Beitrag wird ausgehend von der Sprachenpolitik der BRD und der DDR die Wirtschaft als Handlungsfeld der deutschen Sprache beschrieben in Folge ihrer langjährigen wechselseitigen Beziehung. Schwerpunkte sind die Relevanz des Themenkomplexes aus politischer und wirtschaftlicher Sicht sowie (außen)politische Maßnahmen mit Fokus auf die Wende 1989/90 und Faktoren, die die Sprachenwahl in diesem Handlungsfeld beeinflussen (können). In einer daraus resultierenden vergleichenden Analyse der Konsulats- und Mustervorschriften der Handelskammer Hamburg (K und M) mit vorliegenden, empirischen Studien zum Fremdsprachengebrauch und -bedarf in international agierenden Unternehmen sollen Erkenntnisse zur Relevanz der in den K und M empfohlenen Korrespondenzsprachen für die Sprachenwahl der Unternehmen gewonnen und sich daraus ergebende Fragestellungen erörtert werden.

The following article describes the economy as a field of action of the German language in consequence of its mutual relationship, starting from the language policy of the FRD and the GDR. The focus is on the relevance of this complex of topics from a political and economic point of view as well as (foreign) policy measures with a focus on the turn of 1989/90 and factors that (can) influence the choice of language in this field of action. In a resulting comparative analysis of the consular and model regulations of the Hamburg Chamber of Commerce (K and M) with existing empirical studies on foreign language use and demand in internationally operating companies, insights into the relevance of the correspondence languages recommended in the K and M for the language choice of companies are to be gained and resulting questions discussed.

1. Einleitung

Eine Unzulänglichkeit in empirischen Untersuchungen zur Sprachenwahl in internationalen Wirtschaftskontakten und zum Fremdsprachenbedarf in Unternehmen wurde bereits zu Beginn der 1990er Jahre erkannt (vgl. Ammon 1991, Glück 1992) – obwohl ein Interesse diesbezüglich, wie sich zeigen wird, schon länger bestand. Sämtliche Autor*innen, die sich mit diesem Forschungsbereich beschäftigten, wurden nicht müde zu erwähnen, dass es an Studien dieser Art auch weiterhin mangelt, denn in den letzten 20 Jahren wurde zum Fremdsprachenbedarf und -gebrauch sowie der Sprachenpolitik im Kontext der Wirtschaftspolitik (und umgekehrt) kaum an die Analysen der 1980er und 1990er Jahre angeknüpft. In größerem Umfang versuchte dies Ammon (2015), verwies jedoch ebenfalls auf diverse Forschungslücken, die bisweilen nicht gefüllt werden konnten. Die in diesem Artikel zusammengefasste Arbeit soll einen Beitrag zur

Aufarbeitung dieses Missstandes leisten. Einen Einstieg in das Forschungsfeld bot das zweijährlich erscheinende Export-Nachschlagewerk K und M (Handelskammer Hamburg 1979-2009), welches zwar eine Einbeziehung der Sprache in die (deutsche) Wirtschaft aufzeigt, jedoch von wissenschaftlicher Seite bisher kaum rezipiert wurde, und die Frage nach der Relevanz des Werks für die Wissenschaft bislang offenblieb. Es wird davon ausgegangen, dass die Ergebnisse aufschlussreich in Bezug auf die Stellung der deutschen Sprache in der Wirtschaft sind und Einblicke in mögliche Diskrepanzen zwischen den Herausgebenden der Korrespondenzsprachen und den Nutznießenden geben können.

2. Grundsätzliches zur Sprachenpolitik in der BRD und der DDR

Eine ausführliche Darstellung der Sprachenpolitik ginge an dieser Stelle zu weit, relevante Eckpunkte sollen jedoch grob umrissen werden. Der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle griff in der neuen Konzeption (Auswärtiges Amt 2011) den Satz auf, die deutsche Sprache sei der Schlüssel zur deutschen Kultur und müsse als solcher gestärkt und gefördert werden (Auswärtiges Amt 2000: 2). Dieser Korrelation entsprechend ist die Förderung der deutschen Sprache Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP, früher AKP – Auswärtige Kulturpolitik) im Auswärtigen Amt und damit integraler Teil der staatlichen Außenpolitik. Konrad Schröder (1995: 57, zit. n. Witt 2001: 24) beschrieb diesbezüglich die hier relevante Zusammenwirkung von Kulturpolitik – also auch Sprachenpolitik – und der Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik folgendermaßen: „Sprachenpolitik ist nicht nur Bestandteil der Kulturpolitik, sondern ebenso sehr eine Ingredienz der Innenpolitik, der Außenpolitik und auch der Wirtschaftspolitik.“

Bereits im Bericht der Bundesregierung (1985: 10) zur Stellung der deutschen Sprache in der Welt wird „[d]ie Schaffung eines Schulfonds 1878“ als „Beginn der deutschen auswärtigen Kulturpolitik“ markiert, womit die Sprachenpolitik auf eine lange Historie zurückblickt. Überschattet wird sie vor allem durch die beiden Weltkriege und die damit einhergehenden Propaganda des Nazi-Regimes. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Bundesrepublik zunächst Abstand von einer auswärtigen „Deutschförderpolitik“ nahm, „nachdem die deutsche Sprache in der NS-Zeit als Mittel der rassistischen Deutschtumspolitik missbraucht und ein ideologisch begründeter Sprachimperialismus betrieben wurde“ (Andrei 2007: 16). Erst langsam entwickelte sich eine neue

Sprachenpolitik, zuerst mit Neugründungen der Mittlerorganisationen in den 1950er und 1960er Jahren und den Leitsätzen des Auswärtigen Amtes 1970. Es folgte die Arbeit der Enquête-Kommission, die mit ihrem Bericht 1975 signalisierte, dass die Stärkung der deutschen Sprache konsequent und umfassend notwendig ist – trotz des Umstandes, dass Deutsch weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft Weltsprache war und sein wird, so wie es das Englische heute ist. Die Regierungsübernahme 1982 forcierte im Besonderen die Sympathiewerbung und die Sprachverbreitung. Kohl hob dabei in seiner ersten Regierungserklärung 1983 deutlich hervor, dass es „keine auswärtige Kulturpolitik ohne sinnvolle Sprachpolitik geben“ könne (Bundesregierung 1985: 7).

Leider zeugte die Sprachenpolitik in den darauffolgenden Jahrzehnten wenig von nachhaltigen Maßnahmen, im Gegenteil. Heute versteckt sie sich unter dem Titel „Bildungsbiographien“, wo sie vielmehr instrumentalisiert wird als Konsequenz der „Stärkung Deutschlands als Bildungs-, Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandort“ (Auswärtiges Amt o. J.: 144). Kritik erfährt sie außerdem in Bezug auf ihre vagen Zielformulierungen (u. a. Wagener 2012) sowie auf die Zurückhaltung der Sprachenpolitik (u. a. Ermert 1994; Stark 2002). Glück (1998a: 33) kritisierte die auswärtige Sprachenpolitik als „zu defensiv, zu verwaschen und zu wenig aufeinander abgestimmt.“

Die Sprachenpolitik der DDR litt insofern unter der Teilung Deutschlands, als die beiden Staaten stetig im Konflikt um Anerkennung standen. Daraus resultierend formulierte der damalige Staatssekretär der BRD Walter Hallstein mit Wirkung zum 8./9.12.1955 Richtlinien¹, wodurch jedem Staat, der die DDR völkerrechtlich anerkannte, Konsequenzen drohten (vgl. Bender 1989: 336). Ausgenommen waren davon lediglich Handelsbeziehungen, was auch der Förderung der deutschen Sprache zugutekam: „Mit anderen Worten, es gab für die Außenhandels- und Kulturpolitik einen gewissen Handlungsspielraum, der in der Folge auch genutzt wurde, u. a. um im Bereich der deutschen Sprache Kontakte zu knüpfen“ (Sorger 2012: 37). Wichtigster Akteur der Sprachenpolitik der DDR war das Herder-Institut, allerdings ohne mit den des GI vergleichbaren Auslandsvertretungen. Die DDR pflegte die Spracharbeit in den Staaten des Warschauer Paktes und weitere (darunter Skandinavien, Ägypten, Kuba und Afghanistan) mit den Schwerpunkten der Sprachvorbereitung auf ein Studium in der

¹ Die „Hallstein-Doktrin“ wurde abgelöst durch den Grundlagenvertrag 1972, wodurch die DDR völkerrechtliche Anerkennung erhielt.

DDR, Hochschulferienkurse, Lehrendenfortbildungen sowie diverse Veranstaltungen (vgl. Bundesregierung 1985: 25). Diese „Pflege“ zeigt sich vor allem durch den zumindest kurzzeitigen „Aufschwung für die deutsche Sprache in der Folge des Umbruchs in Osteuropa“ (Auswärtiges Amt 2000: 12) und den Bedarf an Deutsch in den mittel- und osteuropäischen Staaten (MOES).

In Bezug auf die Zeit der Wende formulierte Köhler (1994: 67) folgende Problematik: Eine große Fraktion des Deutschen Bundestages musste Abgeordnete auswechseln, da diese im Zuge eines Antrags zur Förderung der deutschen Sprache nicht bereit waren, „ein einziges positives Wort über die Förderung der deutschen Sprache zu formulieren“. Es wird sich zeigen, dass die genannten Kritiken bedeutenden Einfluss auf die heutige Stellung der deutschen Sprache insbesondere in den Wirtschaftsbeziehungen haben.

3. Wirtschaft als Handlungsfeld der deutschen Sprache

Wirtschaft bzw. Wirtschaftskommunikation ist nach Ammon (vgl. 1991, 2015) eines von mehreren Handlungsfeldern², zu welchen auch die Verbreitung des Deutschen als Muttersprache, die internationale Wissenschaftskommunikation (vgl. Münch et al. 2020), die internationale Politik, der internationale Tourismus sowie Deutsch in den Medien und der Sprachkunst (vgl. Putzier 2017: 24) zählen.

In Hinblick auf die Stellung der deutschen Sprache in der internationalen Wirtschaftskommunikation wird die Wirtschaftskraft der deutschen Sprachgemeinschaft als grundlegende Größe angesehen (vgl. Ammon 2015: 409), was auch verschiedentlich und sehr deutlich hervorgehoben wird: „Germany has become the most powerful state economically in Europe“ (Grieco 1995: 29). Verena Andrei (vgl. 2007: 56–63) verwendet im Zuge der neorealistischen Außenpolitiktheorie acht die ökonomische Stärke Deutschlands beschreibende Indikatoren: die Bevölkerungszahl und das Territorium, das Brutto-sozialprodukt (BSP), die Exportzahlen und die Währungsreserven (wirtschaftliche Machtressourcen) sowie die Militärausgaben, die Truppenstärke und die Verfügbarkeit von Nuklearwaffen (militärische Machtressourcen). Andrei kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Wiedervereinigung positiv auf die Machtverhältnisse Deutschlands im Verhältnis zu den Großmächten USA, UdSSR/Russland, Frankreich, Großbritannien und Japan ausgewirkt hat. Auch Ammon (vgl. 2015: 410–411) bezeichnet die BRD

² Definition „Handlungsfeld“ siehe Ammon 2015: 408 und Schneider 2000: 36.

bereits vor der Vereinigung im Welthandel als führend, schließt in seiner Analyse jedoch die Schweiz und Österreich als Teil des deutschsprachigen Territoriums mit ein, welche im Welthandel ebenfalls verhältnismäßig weit vorn platziert sind. Hier stößt die vorliegende Arbeit an eine problematische Grenze, da die gesamte Sprachgemeinschaft – die neben Deutschland auch Österreich, Teile der Schweiz, Liechtenstein und je nach Definition zusätzlich auch die deutschen Minderheiten umfasst – zwar ebenfalls Einfluss auf die Sprachenwahl im Handel haben, jedoch im gegebenen Rahmen nicht berücksichtigt werden können.

3.1 Die deutsche Sprache in Politik und Wirtschaft – damals bis heute

Die Beziehung zwischen Wirtschaft und (der deutschen) Sprache blickt auf eine lange Historie zurück, die allerdings erst in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung – vor allem für die Wirtschaft – gewann. Nach Reiner Pogarell (vgl. 2019: 107) begann die Geschichte deutscher international agierender Unternehmen etwa im zwölften Jahrhundert auf der einen Seite durch süddeutsche Familienunternehmen, auf der anderen Seite durch die norddeutsche Handelsorganisation Hanse. In der um 1300 aus dieser Kaufmannshanse entstehenden Städtehanse wurde zusehends von Latein auf Deutsch gewechselt und

[...] seit etwa 1370/80 ist die Geschäftssprache der Kontore dieses größten Handelsimperiums des europäischen Norden ausschließlich das Mittelniederdeutsche. Und diese zweite deutsche Sprachvarietät wird vom 14. bis zum 16. Jahrhundert zur internationalen Verkehrssprache im gesamten Ostsee- und in einem Teil des Nordseeraums. (Stark 2002: 54)

Quellen zur Verbreitung der Sprache gehen hier auseinander: Pogarell (2019: 107) verzeichnet Anton Fugger als Überlieferer des Satzes „die beste Sprache ist immer jene des Kunden“, Stark (2002: 54) führt das Prinzip „Wer die Sprache hat, hat den Handel“ auf einen Beschluss des Lübecker Hansetags von 1423 zurück und stellt dies als ein erstes Beispiel für bewusste Sprachenpolitik (zugunsten des Deutschen bzw. einer deutschen Sprachvarietät) dar. Deutsch bzw. das Niederdeutsche war in der Hanse die *Lingua Franca* und fungierte als internationale Verkehrssprache in über 300 angeschlossenen Städten (vgl. Pogarell 2019: 108).

Erst mit der Industriellen Revolution wurden Französisch und Englisch international führende und damit Weltsprachen und erst Mitte des 20. Jahrhunderts entstand langsam ein wiederkehrender Konsens über die Kenntnis von Fremdsprachen als Voraussetzung für Handelsunternehmen und industrielle Zusammenarbeit (vgl. Schröder 1981: 43–44).

Der Sprachwissenschaftler Florian Coulmas (vgl. 1992: 62) deckte zudem eine historische Parallele zwischen der Ausdehnung der Wirtschaftsräume und der Standardisierung der Sprachen auf und zog als Fazit der Modernisierungstheorien, „daß ökonomische Entwicklung nicht unabhängig von sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen vollzogen werden kann“ (ebd.: 71–72).

In der Wissenschaft hingegen taucht die Wirtschaftskommunikation erstmals als „wirtschafts-sprachlich-nationenwissenschaftliche Forschung“ in den 20er und frühen 30er Jahren in Deutschland auf (Bolten 2003: 175). Doch erst in den 1980er Jahren beginnt ein größeres Interesse an der Fremdsprachenbedarfsforschung deutscher Unternehmen, wo diese Arbeit ansetzt:

When the first somewhat larger German contribution in this field appeared in 1978 (Schröder/Langheld/Macht), aimed at helping to reshape foreign-language curricula in the secondary schools, reactions were split [...]. In the meantime, two more regional studies of the foreign-language needs of industry and commerce have appeared (Christ et al. 1979; Bausch et al. 1980). (Schröder 1981: 44–45)

Trotz dieser langjährigen Geschichte bleibt eine Annäherung der beiden Felder auf politischer Ebene scheinbar aus. Auch im Bericht der Enquête-Kommission 1975 wird die Beziehung nur am Rande erwähnt, anstatt als integraler Bestandteil ihres Auftrags angesehen zu werden. Diesbezüglich findet sich auch Kritik zur Zurückhaltung und des viel zu späten Versuchs eines Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Maaß 2015: 47), jedoch auch zum fehlenden Bewusstsein der Verbindung zwischen Kultur und Wirtschaft im Vergleich zu beispielsweise Frankreich und seinem Kulturverständnis (vgl. Wölke 1983: 7). Kulturverständnis und Exportwirtschaft seien keine Gegensätze und Sprache als Instrument der Verständigung läge als Schlüsselrolle auf der Hand (ebd.: 5), wird jedoch nicht als solche aktiv unterstützt. Erst 1985 mitunter angestoßen vom bereits erwähnten Bericht der Bundesregierung wird die deutsche Sprachenpolitik in den Fokus politischen und wirtschaftlichen Interesses gerückt und eine stärkere Sprachförderung im Berufsbildungswesen gefordert. Wirtschaftlich gewann dieser Umbruch vor allem durch den 1992 zum Außenminister ernannten Klaus Kinkel an Bedeutung, der den Gedanken, „Kultur und Wirtschaft in den Außenbeziehungen stärker zu verbinden“ aufgriff und weiterentwickelte (Schneider 2000: 114). Auf einer Fachtagung 1994 zum Thema Sprache zwischen Markt und Politik wurde deutliche Kritik daran geübt – insbesondere im Kontext der Arbeitssprachenfrage in der EG/EU – welche weitreichenden Auswirkungen die Verwendung der deutschen Sprache im internationalen

Handel gehabt hätte. Stimmen aus der Politik von u. a. Freimut Duve, Hilmar Hoffmann, Hans Arnold und Eberhard Meller forderten einen Diskurs zur stärkeren Bindung zwischen Sprache und Wirtschaft, zogen jedoch keine signifikanten Veränderungen auf politischer Ebene nach sich. Auch Repräsentant*innen seitens der Wirtschaft setzten sich – mutmaßlich aufgrund der Neuausrichtung der bundesdeutschen Politik nach der Wiedervereinigung – mit der Sprachenfrage auseinander, darunter Ariane Thomalla, Arend Oetker, Hildegard Hamm-Brücher, Hans-Bodo Bertram, Franz Schoser, Heinrich P. Kelz sowie Manfred Lahnstein.³ Sie sahen die Kultur und Wirtschaft als korrelierende Bestandteile an und erkannten ein Potenzial des Deutschlandbildes und der Stärkung diesen auf kultureller und sprachlicher Ebene als Vorteil für die Wirtschaftskraft der BRD. Oetker (1994: 141) formulierte hierzu folgendermaßen: „Wir müssen [...] uns selbst so darstellen, daß zusätzliche, nicht primär produktbezogene Leistungsmerkmale bzw. psychologische Attribute unser Bild positiv beeinflussen. Hier kann die Auswärtige Kulturpolitik der Wirtschaft entscheidend helfen“. Kaum Kritik an einem Vorhaben, die deutsche Sprache in der Wirtschaft zu stärken, konnte gefunden werden. Doch dieses Interesse scheint entweder nicht von Dauer oder wird von der Politik und insbesondere vom einberufenen Beirat und Vertretenden der Wirtschaftsverbände nicht in ausreichender Form an die Unternehmen, die vor allem von der Sprachenfrage betroffen sind, herangetragen. Ein erster, hoffnungstragender Versuch bietet eine Studie Sigrid Weigels (2019) zu Voraussetzungen und Perspektiven einer Neuausrichtung der AKBP – Gegenstand dabei sind u. a. „notwendige[...] Verschränkungen der AKBP mit anderen Ressorts“ (ebd.: 7). Eine langfristige Veränderung aufgrund der konkret formulierten Vorschläge und Empfehlungen bleibt abzuwarten.

3.2 Wechselwirkungen zwischen deutscher Sprache und deutscher Wirtschaft

Trotz aufgezeigtem, stark rückläufigem Interesse in Wirtschaft und Politik ist die Wirtschaft weiterhin ein zentrales Handlungsfeld der deutschen Sprache und aus sprachwissenschaftlicher Perspektive bleibt ein – wenn auch aktuell geringeres – Interesse daran bestehen. In den Fokus rückte das Handlungsfeld vor allem durch die Internationalisierung des Handels und der Globalisierung allgemein, wodurch immer mehr Wirtschaftsbeziehungen außerhalb eines Sprachgebiets aufgebaut wurden. Diese bezeichnet Ammon (1996: 852) als „interlinguale Wirtschaftsbeziehungen“. Glück

³ Eine Auflistung aller Veröffentlichung hierzu führte zu weit, die Aufzählung soll jedoch den vergleichsweise exorbitanten Umfang des Interesses in den 1990er Jahren verdeutlichen.

(1998b: 9) bezeichnet Sprache im wirtschaftlichen Kontext als „*conditio humana*“, da sie sich als ein notwendiger Tätigkeitsgegenstand in vielen Berufen erweist, die sich durch ihre Kommunikation auszeichnen. In einer empirischen Untersuchung zu Fremdsprachenbedarfen und -qualifikationen stieß Weiß (vgl. 1992: 98–99) auf 17 betriebliche Abteilungen, in welchen Fremdsprachen notwendig seien. Aus dieser Plausibilität heraus ergeben sich im Zuge internationaler Kontexte, „bei denen Sprachunterschiede zu bewältigen sind“ (Glück 1998b: 10), verschiedene Probleme und bei der Sprachenwahl zu berücksichtigende Aspekte. Entsprechend verwunderlich ist es, dass sowohl aus politischer Sicht, als auch aus Sicht der Unternehmen der Sprachenplanung ein eher geringes Interesse beigemessen wurde und weiterhin wird. Die Sprachenfrage ist hierbei bidirektional: Sie bezieht sich einmal auf die Verwendung der deutschen Sprache in internationalen Kontakten und damit einhergehend auf die Unterstützung von Deutsch als Fremdsprache bzw. Wirtschaftsdeutsch im Ausland und zum anderen auf den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen deutscher Handelspartner*innen in vor allem exportorientierten Unternehmen. Hier sei auch verwiesen auf die innerbetriebliche Kommunikation, die dann von Belang ist, wenn das Unternehmen bereits intern interlinguale Beziehungen aufweist.⁴ Nennenswerte Studien sind eine Befragung von Hausschildt/Vollstedt (2002) sowie Ammon (1990), doch auch hier bedarf es aktuellerer empirischer Forschung.

Bei der interlingualen Kommunikation zwischen mindestens zwei Unternehmen wird zwischen drei Kategorien der fremdsprachlichen Interaktion unterschieden: der Adaption, der Nicht-Adaption und der Standardisierung (vgl. Vandermeeren 1998: 36). In der asymmetrischen Kommunikation – der Begriff wurde von Ammon (vgl. 1994: 16) geprägt – wird eine Sprache von einer Person muttersprachlich, von der anderen fremdsprachlich gesprochen. Die Verwendung der Muttersprache des Gegenübers bezeichnet Vandermeeren (vgl. 1998: 37) als *Adaptation*. Beide Seiten genießen von diesem Sprachgebrauch Vorteile: der muttersprachlich Sprechende kann sich in der eigenen Sprache eloquenter ausdrücken, wohingegen der fremdsprachlich Sprechende bei „großer linguistischer, kommunikativer und interkultureller Kompetenz die Gewißheit [hat], daß sein Gesprächspartner ihn einwandfrei versteht“ (ebd.). Unter dem symmetrischen Sprachgebrauch ist vor allem der polyglotte Dialog zu verstehen, bei

⁴ Beispielsweise bei einem deutschen Unternehmen mit Stammsitz im Ausland oder einem deutschsprachigen Unternehmen innerhalb des deutschen Sprachgebiets mit einer oder mehrerer Tochterfirmen oder Filialen außerhalb der Landesgrenzen.

welchem beide Parteien ihre Muttersprache aktiv verwenden und die Muttersprache des*der jeweils anderen rezeptiv aufgenommen wird (vgl. Ammon 1991: 13). Hierbei wird gänzlich auf eine Adaptation verzichtet (Nicht-Adaptation), allerdings liegen bisweilen keine empirischen Befunde vor, die die alleinige Verwendung dieses Modells nahelegen. Der beidseitige Verzicht der Muttersprache, beispielsweise aufgrund fehlender Sprachkenntnisse in der jeweiligen Muttersprache des Gegenübers, wird als Standardisierung bezeichnet. Hierbei wird eine Lingua Franca verwendet (in den meisten Fällen Englisch), aber auch andere Sprachen können als solche fungieren. Vandermeeren (1998: 37–38) zählt die Standardisierung zum symmetrischen Gebrauch, da „keiner der an der Interaktion Teilnehmenden die eigene Muttersprache benutzt“.

Ammon unterscheidet zusätzlich inhaltlich noch zwei Phasen des Kontakts: Die Begegnungsphase, in der meist eine größere Sensibilität bezüglich der Identität und auch der Höflichkeit herrscht. In der Arbeitsphase, in der das eigentliche Geschäft ausgehandelt wird, wird von der Rücksichtnahme auf die symbolische Verwendung der Sprache des*der Partner*in aus praktischen Gründen abgesehen. Diese Unterteilung tritt jedoch im Kontext der aktuellen Fachsprachen-Diskussion weitgehend in den Hintergrund. Allerdings ist die Pragmatik auch nicht der allein entscheidende Faktor, der die Wahl der Sprache bestimmt.

3.3 Einflussfaktoren von Sprache und Wirtschaft

Im Hinblick auf jegliche Form von Sprach(en)politik, die sowohl den Nutzenaspekt wie auch die identifikatorische Funktion von Sprache generell und der Einzelsprachen im besonderen berücksichtigen will, wäre es zunächst sinnvoll, analytisch diejenigen Einflussfaktoren zu beschreiben, die die Sprachenwahl und den Sprachgebrauch im interkulturellen Kontext steuern. (Bungarten 2001: 21)

Einflussfaktoren, die im Zuge der Recherche gefunden wurden, sind die folgenden:

- Innere Einstellung zur eigenen Sprache und das daraus resultierende Sprachverhalten (vgl. Bungarten 2001: 22)
- Ausdruck von Interesse und Sympathie an der Identität und Kultur des jeweiligen Gegenübers (vgl. Schärer 1994: 24)
- Ökonomische Stärke der Länder beider Geschäftsparteien und das Machtgefälle von abnehmendem bzw. kaufendem Unternehmen und anbietendem bzw. verkaufendem Unternehmen (vgl. u.a. Ammon 1991: 163; Bungarten 2001: 24)
- Sprachlicher Respekt; beginnt bereits beim Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen sowie der Wahlmöglichkeiten, in Schule und Ausbildung einer Sprache zu erlernen

- Marktlage; für deutschsprachige Länder nach Ammon (2015) nur von marginaler Bedeutung aufgrund des Außenhandelsüberschusses und fehlender Monopolstellung im heutigen Weltmarkt
- Geographische Entfernung beider Länder und die ggf. schwache internationale Stellung des korrespondierenden Unternehmens (Internationalitätsgrad)
- Historische und sprachenpolitische Beziehungen der Länder beider Geschäftsparteien
- Linguistischer Ähnlichkeitsgrad bzw. Verwandtschaft beider Sprachen (vgl. Ammon 2015: 447)
- Geschäftserfolg lässt sich an vorhandenen Sprachkenntnissen sowie kommunikativer Kompromissbereitschaft messen; eine europaweite Studie im Jahr 2006 zeigte, dass 11% (also 195) kleine und mittlere Unternehmen – zu erwähnen sei, dass dies ausschließlich jener Unternehmen seien, die sich über den möglicherweise entgangenen Gewinn im Klaren sind (vgl. ELAN 2006: 5) – angaben, Aufträge aufgrund mangelnder Fremdsprachenkenntnisse verloren zu haben. Der Gesamtverlust für die Wirtschaft der EU aufgrunddessen wird im KMU-Sektor auf circa 100 Milliarden € pro Jahr geschätzt
- Soziolinguistisches Wissen der Gesprächsteilnehmenden

In Bezug auf deutsche Handelsinstitutionen wird insbesondere kritisiert, dass ein fehlendes Selbstbewusstsein hinsichtlich der eigenen (deutschen) Muttersprache auf der anderen Seite mit einem latent überschüssigen Selbstbewusstsein der eigenen Fremdsprachenkompetenzen und der Überschätzung des Englischen (Stark 2002: 10; Pogarell 2019: 112) einhergeht. Eine Auseinandersetzung mit dem Sprach(en)bewusstsein deutschsprachiger Unternehmen wird daher als überaus vorteilhaft und Deutschkenntnisse auch heute noch als unverzichtbar angesehen (vgl. Pogarell 2019: 113–114).

Auch erwähnt sei der wirtschaftliche Wert einer Sprache, der die numerische Stärke der Deutschsprechenden meint (vgl. Joachim 2014: 69; Ammon 2015), aber auch ihr Status als Amtssprache, ihre Nutzung bei verbaler Interaktion und als Lingua Franca sowie das Interesse und die Motivation, sie zu erlernen. Allerdings zeigt sich, insbesondere nach der Wende, eine Divergenz zwischen Angebot und Nachfrage nach Deutsch: „Unfortunately, the supply of German courses does not always match up to the demand.“ (Darquennes & Nelde 2006: 69), welche nach Durchsicht aktuellerer Studien auch weiterhin besteht. Zu den genannten soziolinguistischen Kriterien gehören auch die

Verbreitung der (Fremd-)Sprache, die ökonomische Stärke der Sprachgemeinschaft sowie ihre politische und ökonomische Rolle (Stark 2002), Funktionsfähigkeit und Ausbaugrad (Glück 1998b) und weitere (vgl. Coulmas 1992), welche eine Relevanz der deutschen Sprache in Hinblick auf ihren wirtschaftlichen Wert zeigen und ihr im Sinne eines mehrsprachigen Europas eine angemessene Stellung zuteilwerden sollte.

4. Empfehlungen vs. Realität: Wie die Sprachenwahl in der Praxis aussieht

Die Handelskammer Hamburg veröffentlicht seit 1920 periodisch alle zwei Jahre das Export-Nachschlagewerk „K und M“ – Konsulats- und Mustervorschriften, worin Exporteure über Begleitpapiere zur Warenausfuhr, Sonderbestimmungen und Markierungsvorschriften jeden Landes informiert werden. Aktualisiert werden in den Neuauflagen jeweils in der Zeit entstandene Änderungen in den Länderabschnitten, den ergänzenden Anhängen sowie den allgemeinen Hinweisen. Dazu zählte beispielsweise auch die Aufarbeitung nach dem Zerfall der UdSSR, da Ende 1991 insgesamt 15 neue Staaten mit jeweils eigenen Importvorschriften einzutragen waren. Zu diesen Vorschriften gehört auch die Auflistung der „Korrespondenzsprachen“, die primär dem Schriftverkehr und als Information dienen, in welchen Sprachen die Zollämter Dokumente bearbeiten können. Ulrich Baar, seinerzeit zuständiger Bearbeiter der „K und M“, nannte als Informationsquellen dieser Empfehlungen die Auslandshandelskammern sowie Befragungen von Botschaften, Konsulaten, Wirtschaftsverbänden und die Berücksichtigung der Gesetze zur Verwendung der einheimischen Sprache (vgl. Ammon 2015: 433). Außerdem seien „Firmen, die Erfahrungen mit dem betr[effenden] Land haben“ (ebd.) keine Informationsquelle, allerdings wird auf der Webseite der Handelskammer Hamburg zur Richtigkeit der Informationen folgendes festgehalten:

„Seit 100 Jahren wird dieses [Autor*innenteam, Anm. N. F.] von Kammermitarbeitern gestellt, die täglich Außenhandelsfirmen beraten – und zuvor häufig in exportierenden Unternehmen, Speditionen oder Reedereien tätig waren. Oft sind es konkrete Probleme der Mitgliedsfirmen, die zur Recherche eines Sachverhalts führen und somit zur Aktualisierung des Werkes.“ (Handelskammer Hamburg 2021)

Es wird angenommen, dass auch auffallende, sprachliche Schwierigkeiten unter diese Probleme fallen. Daraus resultiert, dass die Korrespondenzsprachen zum einen nicht ausschließlich für den Zoll relevant und zum anderen auch nicht zwingend auf den Schriftverkehr beschränkt sind. Allerdings sind bisweilen nur unzureichend Informationen zu der Zusammenstellung der Empfehlungen verfügbar. Zu beachten wären auch mögliche Gesetzgebungen, die eine umfängliche und mutmaßlich nicht zielführende

Recherche bedürfen sowie die Reihenfolge der Korrespondenzsprachen bei Mehrfachnennung. Nach Ulrich Baar (vgl. Ammon 2015: 432) werden sie grundsätzlich alphabetisch sortiert und lediglich eine vom Alphabet abweichende Reihenfolge bedeute eine Rangordnung, was in der 38. Auflage (200) in 26 europäischen Staaten von 47 (davon fünf mit lediglich einer Korrespondenzsprache) zutrifft⁵. Dies wurde von Stefan Frankenberg bestätigt, Mitarbeiter im Sonderprojekt Mustervorschriften der Handelskammer Hamburg, der freundlicherweise eine ausführliche Auskunft über offene Fragen bezüglich der Korrespondenzsprachen gab. Nach Frankenberg gibt es

„keine Unterlagen darüber, welchen Regeln sich die damaligen Autoren unterworfen haben [...]. Aktuell setzen sich die Autoren und unser Verlag [der Handelskammer Hamburg, Anm. N.F.] in Vorbereitung einer neuen Auflage zusammen und legen einheitliche Regeln fest, wie bestimmte Inhalte dargestellt werden.“

Vor diesem Hintergrund sind folgende Fragen überprüfbar:

1. Welche Stellung der deutschen Sprache in Europa und ferner weltweit schlägt sich in den „K und M“ zahlenmäßig nieder und wie hat sich diese aufgrund der Wende verändert?
2. In welcher Form können die Veränderungen der empfohlenen Korrespondenzsprache Deutsch interpretiert werden?
3. Stimmt die Sprachenwahl in exportorientierten Unternehmen, die in empirischen Studien ermittelt wurde, mit den empfohlenen Korrespondenzsprachen überein?
4. Welche Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen in Bezug auf die Sprachenwahl, aber auch in Bezug auf die Relevanz der empfohlenen Korrespondenzsprachen für deutsche Unternehmen?

Diese Fragen konnten in zwei Teilstudien diskutiert werden. Die erste befasst sich lediglich mit den Korrespondenzsprachen und der Stellung der deutschen Sprache in Europa und weltweit sowie möglicher Interpretationen im Untersuchungszeitraum 1979-2010⁶. Der Schwerpunkt der Analyse lag auf der Verwendung der deutschen Sprache in Europa, da aufgrund ihres Arbeitssprachenstatus in der EU sowie der historischen Entwicklung und dem Interesse an ihr in den GUS und MOES die deutsche Sprache für die Wirtschaft insbesondere in Europa von Interesse ist. Für einen welt-

⁵ Die Frage bleibt offen, in welcher Häufigkeit eine Rangfolge dem Alphabet entspricht.

⁶ Abzgl. der Jahre 2005-2008 aufgrund fehlender Beschaffungsmöglichkeiten der 36. und 37. Auflage.

weiten Vergleich wurden stichprobenartig Daten aus den Aufgaben 1979/80, 1989/90, 1999/2000 und 2009/10 erhoben. Eine Berücksichtigung der Reihenfolge fand aus genannten Gründen nicht statt. Im Sinne Ammons (vgl. 2003a: 349, 2015: 438) wurde jedoch zwischen Solo- und Ko-Korrespondenzsprache⁷ entschieden. Anhand dieser Analyse wurde ermittelt, inwiefern die Wiedervereinigung 1989/90 Auswirkungen auf die Anzahl der Korrespondenzsprachen hat und welche anderen Faktoren unter Umständen Veränderungen begründen. Auch wurden dabei der Zerfall der UdSSR sowie die Gründung der Europäischen Union mit dem Vertrag von Maastricht und sein Inkrafttreten am 1. November 1993 berücksichtigt, da beides die absolute Zahl der einzubeziehenden Staaten veränderte.

Im zweiten Teil wurde die Nennung der Korrespondenzsprache mit Ergebnissen aus Studien im größtenteils gleichen Untersuchungszeitraum verglichen. Hier galt es, insbesondere herauszufinden, welche Stellung der deutschen Sprache sich für die Wirtschaft und auch aus der Wirtschaft heraus abzeichnet und was dies für das Handlungsfeld Wirtschaft bedeuten kann. Hierfür wurden entsprechend der limitierten Länge der Arbeit sowie dem Missstand zu analysierender Studien zehn Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Polen, Spanien und Ungarn) ausgewählt, zu welchen mehr als eine Studie seit 1979 gefunden werden konnte und aus welchen sich ein Gebrauch sowie ein Bedarf an Deutschkenntnissen im Wirtschaftskontakt ergibt. Zur Einordnung der Ergebnisse wurden teilweise auch Untersuchungen zum allgemeinen Fremdsprachenbedarf bzw. allgemeinen Kenntnissen mit einbezogen. Primäre Studien, die als fundierte Datengrundlage dienten, waren eine von der Europäischen Kommission ausgearbeitete Dokumentation über Studien zu Fremdsprachenbedarf in Handel und Industrie von Erna van Hest und Maria Oud-de Glas (1991), eine Zusammenfassung bisheriger Untersuchungen in europäischen Ländern in den 1980er und 1990er Jahren von Sonja Vandermeeren (vgl. 1998: 105–134) und die Publikation von Teilstudien mit dem Untersuchungszeitraum 1990 bis 1993 aus einem Projekt der F.L.A.I.R.-Europe Survey Group (Hagen 1993). Der Bidirektionalität wird durch eine Analyse des Fremdsprachenbedarfs Deutschlands Rechnung getragen, wofür u. a. eine Vergleichsstudie von Hannelore Sutter (1992), welche neun Studien auswertete, herangezogen wurde.

⁷ Eine Solo-Korrespondenzsprache wird als einzig zu verwendende Korrespondenzsprache gelistet, Ko-Korrespondenzsprachen werden mindestens mit einer weiteren (im Untersuchungszeitraum bis zu fünf) Sprache empfohlen.

5. Ergebnisse

Der augenscheinlich für die deutsche Sprache erfreuliche absolute Zuwachs in Europa ist vor allem durch politische Veränderungen nach der Öffnung zwischen Ost und West zu begründen und weniger durch eine verbesserte Stellung der deutschen Sprache im Zuge einer gemeinsamen, stärkeren Sprachenpolitik. Nicht zuletzt führten mutmaßlich historische und geographische Gegebenheiten sowie gute Beziehungen zur DDR dazu, dass Deutsch in den ehemaligen Ostblockstaaten bereits vor der Wende stark frequentiert war, sodass Deutsch überhaupt als Korrespondenzsprache im Handelskontakt mit der vereinten BRD und einer geläufigen Sprache bei Mitarbeitenden der dortigen Zollämter nach 1990 infrage kam. Empfehlungen der Außenhandelskammern, Botschaften, etc., Deutsch in den MOE- und europäischen GUS-Staaten zu verwenden, stimmen somit mit den Forderungen nach mehr Sprachenförderung dort überein. Insbesondere eine führende Position an Fach- und Berufsschulen in GUS sowie MOES unterstreicht die Stellung des Deutschen dort (vgl. Schneider 2000: 112). Deutlich wurde jedoch auch, dass Deutsch laut Empfehlungen nur in einigen Ländern außerhalb Europas Verwendung finden kann und sich ausschließlich im Falle des GUS-Landes Kasachstan mit der Wiedervereinigung begründen lässt. Vielmehr noch verliert Deutsch seinen Status als Korrespondenzsprache in drei von sieben Ländern. Begründungen finden sich hier im Ersetzen des Deutschen durch die jeweilige Amtssprache (in der Türkei, Island und dem Iran), historischen Ereignissen (in Israel und dem Iran) sowie der Bedeutung des Englischen als *Lingua Franca* (vgl. Ammon 2015: 433). Diese Tendenz zeigte sich bereits vor der Wende, doch seither ist sein Anstieg unverkennbar. Weltweit ist Englisch damit mit Abstand Vorreiter und hat in den 30 Jahren des Untersuchungszeitraums 40 Einträge (36%) hinzugewonnen. Außerdem auffällig ist, dass sich die Sprachenvielfalt, die vor allem in der EU – zumindest in der Theorie (vgl. Koreik 2020) – stark hervorgehoben wird, auch in der Anzahl der Ko-Korrespondenzsprachen weltweit niederschlägt, mehr noch im Rückgang der Solo-Korrespondenzsprachen. Dies mag unter Umständen auch ein Indiz dafür sein, dass der Status des Englischen als *Lingua Franca* nicht so dominant ist, wie er erscheint und begründet den Bedarf an mehr Fremdsprachen in deutschen Unternehmen.

Dem Umfang des Beitrags geschuldet können hier nicht alle Untersuchungsergebnisse detailliert erörtert werden. Zusammenfassend ergibt sich aus den Studien zu den zehn Ländern jedoch, dass Deutsch zumindest im Bereich der Wirtschaft in Europa neben

dem Englischen und ferner dem Französischen eine starke Stellung einnimmt. Verallgemeinernd kann für die untersuchten Studien Folgendes festgehalten werden:

- Der Sprachgebrauch in den Unternehmen der gewählten Länder entspricht fast immer den empfohlenen Korrespondenzsprachen der Handelskammer Hamburg.
- Dort, wo Deutsch eine Stellung als Ko-Korrespondenzsprache innehat, wird es auch oft als notwendige Sprache im internationalen Kontakt angegeben.
- Dort, wo Fremdsprachgebrauch und Korrespondenzsprache Diskrepanzen aufweisen, lassen sich diese mutmaßlich mit den Regelungen der Zollämter zur Bearbeitung der Unterlagen in entsprechenden Sprachen erklären.
- Fast überall wurde ein Mehrbedarf an der deutschen Sprache, aber oftmals auch an anderen Fremdsprachen festgestellt und die sprachlichen Kompetenzen der Mitarbeitenden bemängelt.
- Englisch ist fast überall mit Abstand die am meisten gefragte und verwendete Fremdsprache, dennoch spielen insbesondere im sprachlich vielfältigen Europa mehrere Fremdsprachen eine große Rolle und die Notwendigkeit dieser Mehrsprachigkeit ist offenkundig.
- Auf lange Sicht brauchen Mitarbeitende in exportorientierten Unternehmen Kenntnisse in mindestens zwei Fremdsprachen, Personen in Führungspositionen eher drei oder vier, darunter vor allem Englisch, Französisch, Deutsch und ferner Spanisch und Italienisch.
- Im Kontext des internationalen Handels gelten allgemeine Aussagen nicht pauschal für jeden internationalen Kontakt. In bestimmten Geschäftsbeziehungen mit bestimmten Ländern oder Unternehmen können auch als in der Gesamtwertung nicht signifikant angegebene Sprachen ausschlaggebend für den Geschäftserfolg ein.

Daraus ergibt sich für das Export-Nachschlagewerk folgende Erkenntnis: Es werden zwar Unternehmen in die Auswahl der Empfehlungen nicht mit einbezogen, die Auslandshandelskammern und Verbände, die zu dieser Auswahl beitragen, sind jedoch ausreichend mit den Fremdsprachenbedarfen und ihrem Gebrauch vertraut, um adäquate und mit den Studien übereinstimmende Empfehlungen an die Handelskammer Hamburg weiterzugeben, auch wenn unzureichende Angaben zu ihrer Zusammenstellung und ihrer konkreten Verwendung leider auch zu ungesicherten Ergebnissen führt. Was hier

zumindest im Rahmen des Untersuchungszeitraums 1978 bis 2003 widerlegt werden konnte, ist Ammons These, die Rangordnung der deutschen Sprache sei aufgrund der Fokussierung auf Deutschland als internationale Korrespondenzsprache in der Wirtschaft möglicherweise überschätzt. Die benannten Studien aus mehreren Ländern mit Korrespondenzsprache Deutsch belegen die häufige Verwendung und auch den erhöhten Bedarf an der deutschen Sprache. Zu überprüfen gilt weiterhin, ob dies auch in den Ländern außerhalb Europas zutrifft. Das Potenzial des Deutschen im Handlungsfeld Wirtschaft wird hier deutlich und vor der Theorie, die Sprache der Kund*innen sei zu wählen, ist dies für Deutschland als primär exportorientiertes Land von großer Bedeutung. Die allgemein aufgestellte These, das Englische sei als *Lingua franca* führend im Welthandel und alleinig ausreichend, konnte trotz der häufigen Nennung in den „K und M“ durch den Fremdsprachenbedarf und -gebrauch hinreichend widerlegt werden und bietet der deutschen Sprache bei entsprechenden – bisher ausbleibenden – politischen Bemühungen eine große Chance.

Weiterer Untersuchungen bedarf es bezüglich der Frage, inwiefern deutsche Unternehmen das Export-Nachschlagewerk auch tatsächlich für ihre Sprachenwahl zu Rate ziehen – mit der Unterscheidung des mündlichen sowie schriftlichen Gebrauchs außerhalb der für den Zoll anzufertigenden Unterlagen – oder welche Faktoren im individuellen Geschäftskontakt die Sprachenwahl stattdessen beeinflussen. Die zu überprüfende Hypothese wäre folgendermaßen zu formulieren: Die Korrespondenzsprachen ergeben sich aus jahrzehntelang entstehenden sprachlichen Gepflogenheiten unter Berücksichtigung verschiedener Einflussfaktoren und dienen künftigen Unternehmen, die in den Exportmarkt einsteigen, als Richtlinie. Hierfür werden sie sowohl in der schriftlichen, als auch in der mündlichen Korrespondenz in die Sprachenwahl miteinbezogen.

Weitere Desiderata bleiben zum einen die Unterscheidung verschiedener Branchen und Wirtschaftszweige und dem sich daraus ergebenden, differenzierteren Fremdsprachenbedarf. Es wird die These aufgestellt, dass eine gezielte Sprachenplanung einen effizienteren Kosten-Nutzen-Faktor aufweist. Auch konnten die Einflussfaktoren (Kap. 3.3) nur am Rande in die Analyse mit einbezogen werden. Es bedarf hinsichtlich der Erhebung des Fremdsprachenbedarfs und auch hinsichtlich einer Förderung der deutschen Sprache in der Wirtschaftskommunikation empirische Untersuchungen zur Gewichtung der Einflussfaktoren sowie Bedingungen der Sprachenwahl im Geschäftskontakt. In dem Zuge

wäre eine weitere Kenntnislücke die Reaktion deutscher Unternehmen auf die Empfehlungen in dem Sinne, ob sie sich gezielt darum bemühen, diese Sprachen zu verwenden, sie im Rahmen der Markterschließung zu erlernen oder sogar vor dem Erstkontakt neuer potenzieller Geschäftspartner*innen neue Mitarbeitende mit vorhandenen Sprachkenntnissen einzustellen, um die Chance auf Geschäftserfolg zu erhöhen. Ferner wurde festgestellt, dass vor allem die geographische Nähe der Länder ausschlaggebend für die Verwendung des Deutschen ist sowie der internationale Grad der deutschen Sprache (insbesondere im Beispiel Ungarn, wo es auch als Verkehrssprache Verwendung findet). Andere Einflussfaktoren konnten aufgrund der Ausrichtung der Befragungen nicht festgestellt werden. Offen bleibt demnach weiterhin die Forderung nach einer Bedingungsanalyse mit der Fragestellung, unter welchen Konditionen andere Länder mit Deutschland auf Deutsch korrespondieren und im Zuge dessen zu vergleichen, in welcher Weise sich die Länder, wo Deutsch als Korrespondenzsprache angegeben wird und wo nicht, unterscheiden (vgl. Ammon 2015: 436).

6. Fazit und Ausblick

Folgende Feststellungen ergeben sich aus der aufgearbeiteten politischen und wirtschaftlichen Rezeption der deutschen Sprache im Kontext internationaler Wirtschaft vor dem Hintergrund der historischen Bedeutung auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse:

1. Das Interesse an der deutschen Sprache ist im Zuge der Wende 1989/90 insbesondere in den MOES gestiegen, doch der Bedarf an Deutsch als Fremdsprache kann weder in osteuropäischen, noch in westeuropäischen Ländern zufriedenstellend gedeckt werden.
2. Deutsch wird in der Wirtschaftskommunikation in Europa oft als Korrespondenzsprache empfohlen und findet dort auch Verwendung, ist allerdings außerhalb Europas weniger gebräuchlich, dort sind vor allem Englisch und ferner Französisch gefragt.
3. Das Deutsche kommt auch in der Wirtschaft nicht gegen die Vormachtstellung des Englischen an, kann sich aber bisweilen als internationale Sprache behaupten.

Das Handlungsfeld Wirtschaft fristet aktuell ein Nischendasein und die seit Jahrzehnten andauernde Kritik an unzureichenden empirischen Untersuchungen dezimiert bisher

jedwede Hoffnung auf eine Zusammenarbeit von Sprachenpolitik und Wirtschaftspolitik sowie einer zielgerichteten, nachhaltigen und die deutsche Sprache unterstützenden Sprachenplanung in deutschen Unternehmen. Insbesondere seitens der Politik besteht erhöhter Handlungsbedarf in Bezug auf die Förderung der deutschen Sprache im Ausland, das Angebot an Wirtschaftsdeutsch in Ländern mit deutschen Unternehmen und guten (Handels-)Beziehungen zu Deutschland sowie einer fundierten Zusammenarbeit mit der Außenwirtschaftspolitik, die von einer Sprachverbreitungspolitik offenkundig profitieren kann.

Von großem Interesse scheinen aktuell vielmehr die interkulturelle Kompetenz und damit einhergehend die kulturelle Vielfalt sowie kulturelle Schwierigkeiten zu sein. Hieraus ergeben sich für die Zukunft diverse Forschungsmöglichkeiten über das Zusammenwirken von Sprache und Kultur in der internationalen Wirtschaft und welche Position Deutschland, die deutsche Kultur und die deutsche Sprache in den wirtschaftlichen Verflechtungen des Weltmarkts einnehmen wird. Aktuelle Tendenzen zeigen zudem ein erhöhtes Interesse an Fachsprachen, welches ebenfalls in den Kontext der Wirtschaftskommunikation mit einbezogen werden muss.

Bibliographie

- Ammon, Ulrich (1990) Deutsch unter Druck der englischen Sprache. In: *Sprachreport. Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache* 2, 6–8.
- Ammon, Ulrich (1991) *Die internationale Stellung der deutschen Sprache*. Berlin: De Gruyter.
- Ammon, Ulrich (1994) Deutsch als internationale Verkehrssprache in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. In: Ermert, Karl (Hrsg.) *Sprache zwischen Markt und Politik*, 13–52.
- Ammon, Ulrich (1996) Sprachkontakt in multinationalen Betrieben. In: Goebel, Hans (Hrsg.) *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*. Berlin, New York: De Gruyter, 852–857.
- Ammon, Ulrich (2003) Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt. In: Wierlacher, Alois; Bogner, Andrea (Hrsg.) *Handbuch interkulturelle Germanistik*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler, 345–355.
- Ammon, Ulrich (2015) *Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt*. De Gruyter.
- Andrei, Verena (2007) *Die auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Staaten Mittel- und Südosteuropas und in der Europäischen Union. Eine theoriegeleitete Außenpolitikanalyse*.

- Auswärtiges Amt (o. J.) 22. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2018. Europa stärken, Freiräume schützen, Innovationen fördern. Auswärtiges Amt (Hrsg.). Online: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2232572/0b260ad27d3cb1619279a3355abe7e47/akbp-bericht2018-data.pdf> (12.4.21).
- Auswärtiges Amt (2000) Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000. Online: <https://silo.tips/download/auswrtige-kulturpolitik-konzeption-2000> (29.7.21).
- Auswärtiges Amt (2011) Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Globalisierung. Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten. Online: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/216926/7d376f02266f1e65c45ac838ea15dc73/akbp-globalisierung-data.pdf> (8.5.21).
- Bender, Peter (1989) *Neue Ostpolitik*. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Bolten, Jürgen (2003) Interkulturelle Wirtschaftskommunikation. In: Wierlacher, Alois; Bogner, Andrea (Hrsg.) *Handbuch interkulturelle Germanistik*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler, 175–181.
- Bundesregierung (1985) *Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt*. Bericht der Bundesregierung.
- Bungarten, Theo (2001) Motive der Sprachenwahl und des Sprachgebrauchs in der europäischen Wirtschaft. In: Bot, Cees de; Kroon, Sjaak; Nelde, Peter H.; van de Velde, Hans (Hrsg.) *Institutional status and use of national languages in Europe*. Sankt Augustin: Asgard, 19–40.
- Coulmas, Florian (1992) *Die Wirtschaft mit der Sprache*. Eine sprachsoziologische Studie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verl.
- Darquennes, Jeroen; Nelde, Peter (2006) German as a Lingua Franca. In: *Annual Review of Applied Linguistics* 26, 61–77.
- ELAN (2006) Auswirkungen mangelnder Fremdsprachenkenntnisse in den Unternehmen auf die europäische Wirtschaft. CLiT (the National Centre for Languages), InterAct International (Hrsg.) Online: http://ec.europa.eu/assets/eac/languages/policy/strategic-framework/documents/elan_de.pdf (1.6.21).
- Ermert, Karl (1994) Deutsch zwischen Markt und Politik. In: Ermert, Karl (Hrsg.) *Sprache zwischen Markt und Politik*, 7–10.
- Ermert, Karl (Hrsg.) (1994) *Sprache zwischen Markt und Politik*. Über die internationale Stellung der deutschen Sprache und die Sprachenpolitik in Europa; [Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 14. bis 16. Januar 1994]. Rehburg-Loccum: Evang. Akad. Loccum, Protokollstelle.
- Glück, Helmut (1992) Die internationale Stellung des Deutschen auf dem europäischen Arbeitsmarkt. In: Kramer, Wolfgang (Hrsg.) *Fremdsprachen in der Wirtschaft*. Ein Beitrag zu interkultureller Kompetenz. Köln: Deutscher Instituts-Verl., 47–76.

- Glück, Helmut (1997) Sprache, Politik und Markt. In: Sporrer, Susanne (Hrsg.) *Sprachenpolitik in Europa – Sprachenpolitik für Europa*. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen, 20–23.
- Glück, Helmut (1998a) Deutsch in den internationalen Medien und im Kulturaustausch sowie im Unterricht als Fremdsprache. In: Glück, Helmut; Schneider, Axel (Hrsg.) *Deutsch weltweit? Aufsätze zur deutschen auswärtigen Kultur- und Sprachpolitik 1992–1997*. Bamberg: Colibri-Verlag, 19–33. Auch erschienen in: Ermert, Karl (1994) *Sprache zwischen Markt und Politik*. 79–103.
- Glück, Helmut (1998b) So schwach ist das Deutsche international gar nicht. Sprachkenntnisse als Wirtschaftsgut. In: Glück, Helmut; Schneider, Axel (Hrsg.) *Deutsch weltweit? Aufsätze zur deutschen auswärtigen Kultur- und Sprachpolitik 1992–1997*. Bamberg: Colibri-Verlag, 9–19. Auch erschienen in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 300, 28.12.1992, 7.
- Grieco, Joseph M. (1995) The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neo-Realist Research Programme. In: *Review of International Studies* 21/1, 21–40.
- Hagen, Stephen (Hrsg.) (1993) *Languages in European Business*. A Regional Survey of Small & Medium-sized Companies. London: [City Technology Colleges Trust Limited in association with Centre for Information on Language Teaching and Research].
- Handelskammer Hamburg (1979-2009) *Export-Nachschlagewerk „K und M“*. Konsulats- und Mustervorschriften. Hamburg: Carl H. Dieckmann.
- Handelskammer Hamburg (2021) *100 Jahre „K und M“ – Konsulats- und Mustervorschriften*. Online: <https://www.hk24.de/produktmarken/beratung-service/international/export/exportvorschriften/einfuhrbestimmungen-konsulats-mustervorschriften-1167178> (17.6.21).
- Hauschildt, Jürgen; Vollstedt, Marina (2002) Unternehmenssprachen oder Company Language? Zur Einführung einer einheitlichen Sprache in global tätigen Unternehmen. In: *Zeitschrift Führung + Organisation* 71/3, 173–183.
- Joachim, Felix-Leonhard (2014) Deutsch im vielsprachigen Europa. In: Dudenredaktion (Hrsg.) *Deutsch – Englisch – Europäisch*. Impulse für eine neue Sprachpolitik. Berlin: Bibliographisches Institut GmbH, 67–73.
- Köhler, Volkmart (1994) Ohne Titel. In: Ermert, Karl (Hrsg.) *Sprache zwischen Markt und Politik*, 67–71.
- Koreik, Uwe (2020) Mehrsprachigkeit an europäischen Hochschulen – oder: English only? In: *German as a foreign language (GFL)* 3, 35–52.
- Maaß, Kurt-Jürgen (2015) Vielfältige Umsetzungen – Ziele und Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.) *Kultur und Außenpolitik*. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 47–54.

- Münch, Ursula; Mocikat, Ralph; Gehrman, Siegfried; Siegmund, Jörg (2020) *Die Sprache von Forschung und Lehre. Lenkung durch Konzepte der Ökonomie?* Reihe: Tutzinger Studien zur Politik, 16. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Oetker, Arend (1994) Kultur und Wirtschaft im Ausland. In: Hoffmann, Hilmar; Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.) *Freund oder Fratz?* Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik. Frankfurt: Campus, 141–148.
- Pogarell, Reiner (2019) Der Beitrag deutscher Unternehmen zur Verbreitung der deutschen Sprache. In: Ammon, Ulrich; Schmidt, Gabriele (Hrsg.) *Förderung der deutschen Sprache weltweit: Vorschläge, Ansätze und Konzepte*. De Gruyter, 107–116.
- Putzier, Agnieszka (2017) *Auswärtige Sprachpolitik im Spannungsfeld von Politik, Verwaltung und Fremdsprachendidaktik*. Wie sich ein Instrument zur Förderung von DaF in den EU-Institutionen gewandelt hat. Bielefeld.
- Schärer, Rolf (1994) Deutsch als internationale Verkehrssprache in der Wirtschaft. In: Ermert, Karl (Hrsg.) *Sprache zwischen Markt und Politik*, 63–66.
- Schneider, Axel (2000) *Die auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Eine Untersuchung zur Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa, in der Sowjetunion und in der GUS 1982 bis 1995. Bamberg: Colibri-Verlag.
- Schröder, Konrad (1981) Methods of Exploring Language Needs in Industry. In: Freudenstein, Reinhold (Hrsg.) *Language incorporated*. Teaching foreign languages in industry. Oxford u. a.: Pergamon Press; Hueber, 43–54.
- Sorger, Brigitte (2012) *Die Sprachenpolitik des Internationalen Deutschlehrerverbandes im Laufe seiner Geschichte*. Die Verbandsgeschichte als Beitrag zur Fachgeschichte von Deutsch als Fremdsprache. Innsbruck: Studien Verlag.
- Stark, Franz (2002) *Deutsch in Europa*. Geschichte seiner Stellung und Ausstrahlung. Sankt Augustin: Asgard.
- Sutter, Hannelore (1992) *Fremdsprachenbedarf in Klein- und Mittelbetrieben*. Eine vergleichende Analyse empirischer Untersuchungen. Bonn, Bad Honnef: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; Vertrieb, K.H. Bock.
- van Hest, Erna; Oud-de Glas, Maria M.B. (1991) *Eine Untersuchung der bei der Diagnose und Analyse Fremdsprachenbedarf in Handel und Industrie verwendeten Techniken*. Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichungen der EG.
- Vandermeeren, Sonja (1998) *Fremdsprachen in europäischen Unternehmen*. Untersuchungen zu Bestand und Bedarf im Geschäftsalltag mit Empfehlungen für Sprachenpolitik und Sprachunterricht. Waldsteinberg, Germany: Heidrun Popp.
- Wagener, Hans (2012) *Untergräbt Deutschland selbst die internationale Stellung der deutschen Sprache?* Eine Folge der Förderung von Englisch im Bildungsbereich. Frankfurt am Main, Berlin, Bern: P. Lang.
- Weigel, Sigrid (2019) *Transnationale Auswärtige Kulturpolitik – Jenseits der Nationalkultur*. Voraussetzungen und Perspektiven der Verschränkungen von Innen und Außen. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen.

- Weiß, Reinhold (1992) Fremdsprachen in der Wirtschaft: Bedarf und Qualifizierung. In: Kramer, Wolfgang (Hrsg.) *Fremdsprachen in der Wirtschaft*. Ein Beitrag zu interkultureller Kompetenz. Köln: Deutscher Instituts-Verl., 77–179.
- Witt, Jörg (2001) *Wohin steuern die Sprachen Europas?* Probleme der EU-Sprachpolitik. Tübingen: Stauffenburg-Verlag.
- Wölke, Gabriele (1983) *Auswärtige Kulturpolitik und Außenwirtschaftspolitik*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.

Biographische Angaben

Nora-F. Freytag absolvierte ihren Bachelor in Deutsch als Fremd- und Zweitsprache sowie Literaturwissenschaft an der Universität Bielefeld mit anschließendem Master in Deutsch als Fremd- und Fachsprache an der Technischen Universität Berlin im Jahr 2021. Seither ist sie als DaF-Lehrkraft an verschiedenen Institutionen, u. a. dem Bard College Berlin, der New York University in Berlin sowie der Universität Bielefeld tätig. Ihr Forschungsinteresse liegt im Bereich der Sprachenpolitik und im Besonderen der Förderung der deutschen Sprache und dem allgemeinen Sprach(en)bewusstsein in der Wirtschaft.

Schlagwörter

Sprachenpolitik, Handlungsfeld Wirtschaft, Fremdsprachenbedarf, Stellung der deutschen Sprache